

## **Christine Lambrecht, MdB:**

### **Flüchtlingshilfe Heppenheim e.V. - Fragenkatalog zur Bundestagswahl 2017**

#### **Gliederung:**

- Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft
- Geregelte Migration, sichere Einreisewege für Asylsuchende
- Nachhaltige Politik für die Beseitigung von Fluchtursachen:
  1. Armut und Hunger weltweit beenden
  2. Frieden fördern
  3. Klimawandel eindämmen
- Nachhaltige Entwicklungsziele der UN - der „Masterplan“ für eine bessere, gerechtere Welt liegt auf dem Tisch: Wie ernst meinen wir es mit der Umsetzung?

#### **Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft**

1. Deutschland hat in den vergangenen 2 Jahren etwa 1 Mio. Flüchtlinge aufgenommen. Die Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft stellt eine große Herausforderung dar. Welche Strategie verfolgt Ihre Partei zur Bewältigung dieser Aufgabe? Welche konkreten Maßnahmen planen Sie in diesem Zusammenhang für die kommende Legislaturperiode?

#### **Antwort:**

Bessere Sprachförderung und Integrationskurse: Integrationskurse wollen wir für alle Asylsuchenden und Geduldeten öffnen. Berufsbezogene Sprachförderung werden wir besser mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie der Berufsorientierung und der Ausbildung in Betrieben verbinden. Berufsschulen mit ihrer Brückenfunktion werden wir stärken. Wir achten darauf, dass insbesondere Frauen und Mütter die Angebote nutzen können.

Gute Bildung von Anfang an: Allen Kindern soll der Besuch einer Kita ermöglicht werden, dies ermöglicht bessere Startchancen in die Schule. Schule und Bildung sind der Schlüssel zu einer Zukunft mit guten Chancen für alle Kinder.

Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen: Die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen werden wir verbessern. Wir prüfen auch, ob ein Wechsel von Asylsuchenden in das arbeitsmarktbezogene Aufenthaltsrecht umsetzbar ist. Ausländerinnen und Ausländer, die in Deutschland ein Studium erfolgreich abschließen, dürfen dauerhaft bleiben.

Öffentlichen Dienst öffnen: 2016 hatten nur knapp 15 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst eine familiäre Einwanderungsgeschichte. Den Anteil dieser Beschäftigten wollen wir erhöhen.

Religiöse Bildung fördern: Wir unterstützen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache an staatlichen Schulen. Die Lehrkräfte sollen an deutschen Hochschulen ausgebildet werden.

Familien helfen bei der Integration: Wir wollen Familien zusammenführen, wenn sie durch die Flucht auseinandergerissen werden. Denn die Familie hilft bei der Integration enorm. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass der Familiennachzug nicht länger ausgesetzt wird.

Modernes Staatsbürgerschaftsrecht: Wir setzen uns weiterhin für die Akzeptanz der Mehrstaatigkeit ein. Durch Abkommen mit anderen Staaten wollen wir die wechselseitige Akzeptanz stärken.

2. Eine Vielzahl von ehrenamtlichen Helfern packt bei der Integrationsaufgabe gerne tatkräftig mit an, viele beklagen jedoch, dass lange Anerkennungsverfahren sowie bürokratische Hürden zügigen Fortschritten im Weg stehen. Unterschiedliche Zuständigkeiten in der Verwaltung, komplizierte Amtswege und Antragsformulare aber auch Ressourcenmangel in der Sozialbetreuung und Wohnungsversorgung erschweren schnelle Integrationserfolge und stellen die Geduld und Motivation der Betroffenen manchmal auf eine schwere Probe. Welche Ansätze sehen Sie für eine Vereinfachung der administrativen Prozesse und Verbesserung der Ressourcenbereitstellung für eine effektive Integration?

Antwort:

Wir wollen verhindern, dass die erforderliche Integrationsarbeit für Flüchtlinge zulasten der Kommunen geht. Wir werden unsere Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen. Die Abläufe selbst werden in den Ländern gesteuert, denen die Administration unterfällt.

In dieser Legislatur haben wir schon viel erreicht. Mit dem Integrationsgesetz wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylsuchende und Geduldete deutlich vereinfacht und Bürokratie abgebaut worden. Die Vorrangprüfung ist befristet für drei Jahre ausgesetzt worden. Die tatsächliche Aufnahme der Beschäftigung war in der Vergangenheit oftmals daran gescheitert. Damit wurde auch die Tätigkeit in Leiharbeit ermöglicht. Die Länder konnten dabei selbst entscheiden, in welchen Agenturbezirken der Bundesagentur für Arbeit die Vorrangprüfung ausgesetzt wird und haben von der Möglichkeit der Aussetzung großflächig Gebrauch gemacht. So haben wir eine passgenaue Lösung erzielt. Asylsuchende und Geduldete können nun dort eingestellt werden, ohne dass vorher umständlich geprüft werden muss, ob hierfür auch Deutsche oder EU-Bürger/-innen zur Verfügung stehen.

Erste Schritte auf den deutschen Arbeitsmarkt schon während des Asylverfahrens ermöglicht für viele Geflüchtete das Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (FIM). Die Arbeitsgelegenheiten erfüllen dabei eine doppelte Funktion: Bereits vor Abschluss des Asylverfahrens können Flüchtlinge damit niedrigschwellig an den deutschen Arbeitsmarkt herangeführt werden und erste Erfahrungen sammeln. Gleichzeitig werden dabei sinnvolle und gemeinnützige Beschäftigungen in und um Aufnahmeeinrichtungen geschaffen, ohne dass es sich um ein Arbeits- oder Beschäftigungsverhältnis handelt. Dies trägt auch konkret zur Teilhabe und zur Akzeptanz von Schutzsuchenden vor Ort bei.

Zudem haben wir zusätzliche Mittel für Eingliederung und Verwaltung ebenso bereitgestellt wie ausreichende und gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern. Für Arbeitgeber und Geflüchtete haben wir mit dem Integrationsgesetz mehr Rechtssicherheit geschaffen. Geduldete Azubis erhalten fortan eine Duldung für die gesamte Dauer der Ausbildung. Wenn sich daran eine Beschäftigung anschließt, wird das Aufenthaltsrecht für weitere zwei Jahre verlängert. Darüber hinaus haben wir die Sprachförderung aufgestockt und umgebaut. Der Zugang zu Integrationskursen ist jetzt viel früher möglich; für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive bereits im Verfahren. Für fortgeschrittene Deutschlernende haben wir

eine strukturelle berufsbezogene Deutschsprachförderung geschaffen. Wir haben die schnellere Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen forciert, die möglichst parallel zu Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration verlaufen soll. Ein Beispiel dafür ist Maßnahme KompAS, die wir eigens dafür ins Leben gerufen haben. Die SPD war hinter all diesen Maßnahmen die treibende Kraft.

### **Geregelte Migration, sichere Einreisewege für Asylsuchende**

3. Die europäische Politik scheint aktuell den Flüchtlingsströmen primär durch erhöhten Grenzschutz und Abkommen zur Flüchtlingsabwehr mit Transitländern begegnen zu wollen. Die Folge ist das Ausweichen auf noch gefährlichere Fluchtrouten, die immer wieder viele Todesopfer fordern. In Deutschland garantiert das Grundgesetz §16a zwar das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte. Bei Einreise über einen sicheren Drittstaat wird die Anerkennung jedoch ausgeschlossen, Flüchtlinge kommen deshalb häufig über illegale, oft lebensgefährliche Wege zu uns. Wie stehen Sie zur Einrichtung von geregelten, sicheren Einreisewegen für Flüchtlinge? Welche Maßnahmen schlagen Sie konkret vor?

#### **Antwort:**

Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass die Gefahren für Flüchtende reduziert und das Gebot der Nicht-Zurückweisung eingehalten wird. Zusätzlich setzen wir uns für ein europäisches Seenotrettungsprogramm ein. Wir müssen das Sterben im Mittelmeer beenden. Entlang der Fluchtrouten wollen wir außerdem Anlaufstellen schaffen. Dort soll es nicht nur Nahrung und medizinische Versorgung geben, sondern auch Beratungsangebote. Wir wollen den Menschen aufzeigen, welche Alternativen es für sie zur Flucht gibt. Wer illegale Migration eindämmen will, muss legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinsam mit dem UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) wollen wir verstärkt über feste Kontingente Schutzberechtigte kontrolliert in der EU aufnehmen. Sie sollen nach einem fairen Schlüssel auf alle EU-Mitgliedstaaten verteilt werden. Auf legalen Wegen, ohne kriminelle Schlepper, ohne die Risiken lebensgefährlicher Fluchtrouten und mit Vorrang für Frauen, Kinder und Familien. Bei diesem Verfahren stellen die Menschen vor der Einreise nach Europa den Antrag. So wird im Vorfeld auch die Identität festgestellt und eine Registrierung vorgenommen. So wissen wir, wer zu uns kommt. Und so können wir die Integration der geflüchteten Menschen besser vorbereiten, steuern und ordnen. Zugleich behalten wir die Kontrolle über die Einwanderung in unser Land. Zudem schaffen wir ein Einwanderungsgesetz, mit dem wir die Einwanderung qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Zudem wollen wir perspektivisch die Vielzahl bestehender Regelungen und Aufenthaltstitel bündeln und mehr Übersichtlichkeit und Transparenz im deutschen Einwanderungsrecht schaffen.

4. Ein neues Einwanderungsgesetz kann bei entsprechender Ausgestaltung Chancen sowohl für die inländische Wirtschaft als auch für die entwicklungspolitischen Ziele in den Herkunftsländern bringen. Dafür wäre es erforderlich, Qualifikationen von Migranten stärker als bisher anzuerkennen und wiederholte Ein- und Ausreisemöglichkeiten im Sinne einer zirkulären Migration zu schaffen. Wie ist Ihre Position zur Einführung und Ausgestaltung eines neuen Einwanderungsgesetzes?

Antwort:

Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Das Asylsystem ist für Menschen, die bei uns in erster Linie Arbeit suchen, der falsche Weg. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können. Es ist wichtig, im weltweiten Wettbewerb um die klügsten und innovativsten Köpfe an der Spitze zu stehen. Wir wollen ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern. Dabei werden wir durch geeignete Maßnahmen die Chancengleichheit von Männern und Frauen sicherstellen. Wie viele qualifizierte Fachkräfte pro Jahr über das Punktesystem in unser Land kommen können, soll flexibel über eine Quote gesteuert werden. Die Quote orientiert sich an der Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Sie wird jedes Jahr von einer unabhängigen Expertenkommission festgelegt. Sowohl für potenzielle Einwanderinnen und Einwanderer als auch für die Bürgerinnen und Bürger wird so transparent dargestellt, wie Erwerbsmigration in Deutschland geregelt ist.

5. Zahlreiche EU-Länder zeigen derzeit leider geringe bis gar keine Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen; Vereinbarungen zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU konnten bisher nicht mal ansatzweise in die Tat umgesetzt werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie, unsere EU-Partner in der Flüchtlingspolitik zu mehr Solidarität zu bewegen?

Antwort:

Alle EU-Mitgliedstaaten müssen in der Flüchtlingspolitik insgesamt Verantwortung übernehmen; wir akzeptieren nicht, dass sich einzelne Staaten der Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) verweigern. Wir wollen daher finanzielle Anreize für EU-Aufnahmeländer. EU-Staaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollen eine finanzielle Unterstützung, z.B. für den Schulbau erhalten. EU-Staaten, die sich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen, sollen zahlen.

6. Die Vereinten Nationen beabsichtigen, bis 2018 einen „Global Compact für sichere, geordnete und reguläre Migration“ und ein „umfassendes Rahmenwerk für Flüchtlinge“ auszuarbeiten. Wie steht Ihre Partei zu dieser Initiative? Wie könnte Deutschland in diesem Prozess eine Vorreiterrolle einnehmen?

Antwort:

Wir stehen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Das Recht auf Asyl muss auch in Zukunft unangetastet bleiben und die Genfer Flüchtlingskonvention eingehalten werden. Die brutalen Kriege und Menschenrechtskrisen der Welt zwingen weiter viele Menschen zur Flucht. Mit einem Gesamtkonzept Migration gewährleisten wir Kontrolle und verhindern Überforderung. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind über 50 Prozent der Geflüchteten Frauen und Kinder. Uns ist eine geschlechtergerechte Unterbringung wichtig. Alleinreisende Frauen, Schwangere und Frauen mit Kindern wollen

wir schützen. Das gilt auch für alleinreisende Kinder und Jugendliche. Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb werden wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern. Viele Frauen und Mädchen leiden in ihren Herkunftsländern unter sexualisierter Gewalt, Zwangsheirat oder Genitalverstümmelung. Deshalb wollen wir geschlechtsspezifische Asylgründe besser anerkennen.

### **Nachhaltige Politik für die Beseitigung von Fluchtursachen: 1. Armut und Hunger weltweit beenden**

7. Die Weltgemeinschaft hat sich mit den im Herbst 2015 beschlossenen Nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDG) u.a. das Ziel gesetzt, bis 2030 Armut und Hunger überall auf der Welt zu beenden. Auch deutsche Entwicklungspolitiker betonen immer wieder, dass die Erreichung dieser Ziele möglich ist. Welchen Stellenwert misst Ihre Partei der Entwicklungszusammenarbeit bei? Welche Ziele haben Sie sich zum Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands für die nächste Legislaturperiode gesetzt?

#### **Antwort:**

Sozialdemokratische Friedenspolitik setzt sich für soziale Gerechtigkeit im globalen Maßstab ein. 40 Jahre nach Einsetzung der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt verbinden die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung mit ökologischer Nachhaltigkeit, Wirtschaftsentwicklung, Frieden und internationaler Zusammenarbeit. Für die SPD umfasst Nachhaltigkeit dabei stets ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte sowie Fragen der gesellschaftlichen Teilhabe. Die reichen Länder haben eine besondere Verantwortung, um eine sozial-ökologische Transformation voranzubringen – in ihren eigenen Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftssystemen, in der internationalen Politik und zusammen mit den Ländern des globalen Südens. Daher setzen wir uns für eine ambitionierte Verwirklichung der Agenda 2030 ein. Dementsprechend muss Deutschland als eine der führenden Industrienationen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine international deutlich wahrnehmbare Vorreiterrolle einnehmen. Deutschland muss alle Anstrengungen unternehmen, um die Nachhaltigkeitsziele national bis 2030 zu erreichen. Zudem muss Deutschland verstärkt die Länder des Globalen Südens bei ihren Anstrengungen für nachhaltiges Wachstum unterstützen und die SDGs zur Praxis in den multinationalen Organisationen machen.

Die SPD-Bundestagfraktion hat bereits während der Verhandlungen zur Agenda 2030 ein Positionspapier mit umfangreichen Forderungen im Mai 2015 beschlossen (<http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/sdg-positions-papier.pdf>). Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Weltgemeinschaft auf einen solchen Plan verständigt hat. Wir unterstützen die Agenda mit den 17 Zielen und 169 Unterzielen vollkommen. Deutschland muss bei der Zielerreichung als Vorbild in der Welt vorangehen. Die SPD-Fraktion hat als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag bereits alle 169 Unterziele den betreffenden Politikfeldern zugeordnet und nimmt dies als Richtschnur für ihr Handeln. CDU und CSU haben den Umfang der Agenda als zu ausufernd stets abgelehnt. In der Regierung betreibt das federführende Kanzleramt mit CDU-Minister Altmaier die Bearbeitung der Agenda. Die Umsetzung wird aber leider nur mit der Fortschreibung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

bewerkstelligt, dies ist absolut unzureichend. Da werden Rosinen herausgepickt und nicht einmal mit Ist-Zustand und Zielwerten versehen. Hier muss mehr geschehen, so kann man diesen global gültigen Plan nicht umsetzen. Die Bearbeitung der Agenda 2030 muss breit innerhalb der Regierung hochrangig angesiedelt und permanent gesteuert werden. Wir haben nur noch 13 Jahre Zeit, die 17 Ziele der Agenda 2030 umzusetzen. Das ist sehr wenig und bedarf viel mehr Anstrengung. Dies wollen wir angehen, wir wollen bis 2030 die Ziele erreicht haben und auch andere Ländern, insbesondere die Länder des globalen Südens, auf ihrem Weg dahin tatkräftig unterstützen.

8. Wirksame Entwicklungspolitik erfordert gleichzeitig eine kohärente Handels- und Agrarpolitik. So fordert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) u.a. den Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika, den gezielten Ausbau von Wertschöpfung vor Ort und den Schutz lokaler Binnenmärkte in Entwicklungsländern vor globaler Konkurrenz. Wie steht Ihre Partei zum Abbau von schädlichen Agrarexporten nach Afrika? Welche Maßnahmen sind hierzu konkret für die nächste Legislaturperiode geplant?

Antwort:

Ländliche Entwicklung und insbesondere auch die Förderung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sieht die SPD als einen zentralen Baustein für die Überwindung von Hunger und Armut in der Welt an. Wir wollen mit Investitionen in die Infrastruktur den ländlichen Raum in Entwicklungsländern strukturell stärken und lokale Märkte vor Dumpingimporten schützen. Der Aufbau von lokalen Wertschöpfungsketten muss ein Schwerpunkt der ländlichen Entwicklung sein. Zudem wollen wir gegen landgrabbing und die zunehmende Monopolisierung des Saatgut Handels durch wenige Agro-Business-Konzerne vorgehen. Die von uns von Anfang an sehr kritisch gesehenen „Grünen Zentren“ des CSU-Ministers Müllers in Afrika haben Kleinbauern und Kleinbäuerinnen nicht gestärkt, haben indigenes Wissen verdrängt und neue Abhängigkeiten zu Saatgut- und Düngerlieferanten geschaffen. Dies werden wir ändern. Wir wollen keine neuen Abhängigkeiten schaffen, sondern aufbauend auf vorhandenem lokalem Wissen Erträge sichern und ausbauen. Die lokale Wirtschaft könnte in vielen Ländern des globalen Südens bereits heute durch Ein- und Ausfuhrzölle besser geschützt werden. Doch wird von diesen Mitteln von den nationalen Regierungen bisher aus unterschiedlichsten, auch egoistischen Gründen, nicht Gebrauch gemacht. Dies entbindet aber nicht davon, in Zukunft zu verhindern, dass subventioniert hergestellte Agrarprodukte der EU z.B. den Markt afrikanischer Länder erreichen und günstiger angeboten werden können als das gleiche Produkt aus lokaler Herstellung.

9. Es besteht internationaler politischer Konsens, dass der Steigerung von Steuereinnahmen in Entwicklungsländern zentrale Bedeutung zukommt. Denn nach wie vor entgehen diesen Ländern durch zweifelhafte Steuerpraxis transnationaler Konzerne jährlich Einnahmen in geschätzt dreistelliger Milliardenhöhe. Trotz dieser Schieflage dürfen Entwicklungsländer jedoch bei der Weiterentwicklung der internationalen Steuerregelungen noch immer nicht selbst mit am Verhandlungstisch sitzen, die OECD Länder machen die Regeln stattdessen unter sich aus. Entwicklungsländer und NROs fordern, dies zu ändern und das bisher nur beratende Steuerkomitee der UN zu einem beschlussfähigen Gremium aufzuwerten, um somit die Teilhabe aller Länder an den Entscheidungsprozessen zu gewährleisten. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

### Antwort:

Steuervermeidung und Steuerhinterziehung betreffen Entwicklungsländer in besonderem Maße. Gründe sind eine schmale Steuerbasis, einseitige Wirtschaftsstrukturen und eine ineffiziente Steuerverwaltung. Große, international operierende Unternehmen nutzen zwischenstaatliche Gesetzes- und Regulierungslücken und verlagern profitträchtige Aktivitäten künstlich in Staaten mit besonders niedriger Steuerquote. Die SPD hat sich dieser Problematik angenommen. SPD-Mitglieder der Bundestagsausschüsse für Finanzen sowie für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben daher gegen anfänglichen Widerstand des Koalitionspartners eine gemeinsame Anhörung zu diesem Thema im Juni 2016 durchgeführt. Der Ausschuss hatte zwölf Experten geladen, um sich über die "Auswirkungen von Steuervermeidung und Steuerhinterziehung auf die Entwicklungsländer" zu informieren. Leider hat der Koalitionspartner eine daraus resultierende parlamentarische Initiative nicht mitgetragen.

Seit 2017 gibt es nun durch den automatischen Informationsaustausch eine verbesserte Transparenz. Die Initiative für fairen internationalen Steuerwettbewerb (BEPS-Initiative) geht darüber hinaus. Wir wollen sie vollständig umsetzen. Damit verhindern wir, dass Unternehmen ihre Gewinne durch Gewinnverschiebungen künstlich kleinrechnen und sich ihrer Steuerverantwortung entziehen. Aus Sicht der Entwicklungszusammenarbeit liegt der Schwerpunkt allerdings bei dem Aufbau von funktionierenden nationalen Steuersystemen und -verwaltungen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Kein noch so gut ausgedachtes und beschlossenes internationales Instrument wirkt, wenn die nationalen Strukturen vor Ort zur Umsetzung fehlen.

## **Nachhaltige Politik für die Beseitigung von Fluchtursachen: 2. Frieden fördern**

10. Frieden ist die wichtigste Voraussetzung für menschenwürdiges Leben. Deutschland als einem der größten Waffenexporteure weltweit kommt in dieser Hinsicht eine erhöhte Verantwortung zu. Wie steht Ihre Partei zur Forderung, den Export von Rüstungsgütern in Krisen- und Konfliktregionen sowie an autoritäre Regimes grundsätzlich zu verbieten? Sind diesbezüglich in Ihrer Partei bereits konkrete gesetzgeberische Initiativen geplant?

### Antwort:

In Anbetracht der zahlreichen bewaffneten Auseinandersetzungen weltweit ist eine Eindämmung von Rüstungsexporten zwingend erforderlich. Die SPD hat in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Beim besonders sensiblen Bereich der Kleinwaffen hat sich die SPD erfolgreich dafür eingesetzt, die gesetzlichen Regeln nochmals zu verschärfen. Diesen Weg wollen wir entschlossen fortsetzen. Die von Januar 2000 stammenden „Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ gilt es weiter zu entwickeln und wo notwendig gesetzlich zu fixieren. Konkret bedeutet das: Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und Nato-gleichgestellten Ländern enthalten. Denn klar ist doch: die Waffen der Bürgerkriege sind die Kleinwaffen. Sie bringen Leid und Zerstörung in vielen Bürgerkriegsgebieten dieser Welt. Dem Handel mit diesen Waffen müssen wir einen Riegel vorschieben. Zugleich treten wir für eine einheitliche restriktivere Rüstungsexportpolitik sowie eine stärkere Begrenzung von Rüstungsexporten auf Ebene der EU ein.

### **Nachhaltige Politik für die Beseitigung von Fluchtursachen: 3. Klimawandel eindämmen**

11. Der Klimawandel könnte mittelfristig zum Auslöser für globale Migrationsbewegungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß werden. Mit dem Pariser Klimavertrag vom Dez 2015 hat sich die internationale Staatengemeinschaft die Begrenzung der Erderwärmung auf weniger als 2°C als gemeinsames Ziel gesetzt; jedes Land leistet seinen Beitrag in Form von Selbstverpflichtungen zur Emissionsminderung. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei in diesem Kontext, um der zuletzt etwas erlahmten Energiewende in Deutschland wieder neuen Schwung zu geben? Wie stehen Sie zu der von NROs geforderten Zielsetzung, bis spätestens 2035 vollständig aus der Kohleverstromung auszusteigen?

Antwort:

Die SPD wird dafür sorgen, dass zusätzliche Ausgaben für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Die Entwicklung einer integrierten europäischen Klimadiplomatie kann ebenfalls dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels zu vermindern und somit Klimaflucht vermindern. Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität. Wir unterstützen daher das Ziel, gemeinsam mit den anderen Industrieländern, ab 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Mitteln für den Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren.

Für viele Menschen auf unserem Planeten hängen die Chancen auf ein Leben in Wohlstand und Frieden vom erfolgreichen Kampf gegen den Klimawandel ab. Klimaschutzpolitik ist daher immer auch Friedenspolitik und Ausdruck internationaler Solidarität. Wir stehen für eine Umsetzung der Klimaschutzziele von Paris. In Übereinstimmung mit dem Pariser Abkommen haben wir den nationalen Klimaschutzplan 2050 beschlossen, der konkrete Zwischenziele für die CO<sub>2</sub>-Reduktion formuliert. Den Klimaschutzplan werden wir mit konkreten Maßnahmen unterfüttern und diese im Rahmen eines Klimaschutzgesetzes umsetzen. In Deutschland wollen wir bis 2020 den Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken, bis 2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität erreichen.

Energie muss umweltfreundlich und bezahlbar sein. Gleichzeitig muss die verlässliche Versorgung gesichert bleiben. Das sind für uns drei gleichrangige Ziele der Energiewende. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir erneuerbare Energien weiter ausbauen. Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von heute 30 Prozent auf bis zu 45 Prozent bis 2025 steigern. Bis 2050 wollen wir weitestgehend Treibhausgasneutralität erreichen. Das bedeutet den nahezu vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien. Dafür werden wir die Erneuerbaren stärker in den Wärme- und Verkehrssektor tragen und die Energieeffizienz weiter erhöhen. Wir wollen Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt machen. Öffentliche Gebäude und den öffentlichen Nahverkehr werden wir zu Vorbildern des energieeffizienten Verbrauchs entwickeln.

Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir unsere Energieversorgung nahezu vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Für ein Industrieland wie Deutschland ist es allerdings unmöglich, gleichzeitig aus der Atomkraft und aus der Kohle auszusteigen, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Wir werden die Kohleverstromung deshalb Schritt für Schritt reduzieren. Den damit verbundenen Strukturwandel in den betroffenen Regionen werden wir im Dialog mit Gewerkschaften, Unternehmen und Beschäftigten gestalten. Strukturabbrüche werden wir nicht zu lassen.



12. Eine weitere Frage zum Klimaschutz. Gemäß dem Prinzip der gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung haben sich die Industriestaaten neben der Emissionsminderung im eigenen Land auch zur finanziellen Unterstützung des Klimaschutzes und der Klimaanpassung in Entwicklungs- und Schwellenländern verpflichtet und hierfür die Bereitstellung von jährlich 100 Mrd. USD zugesagt. Deutschland hat hier zwar erste Schritte unternommen und die Bereitstellung von 4 Mrd. bis 2020 in Aussicht gestellt, der faire Anteil Deutschlands am zugesagten Gesamtaufkommen müsste jedoch etwa doppelt so hoch liegen. Werden Sie sich für eine zusätzliche Aufstockung der in Aussicht gestellten Mittel einsetzen? Und wie kann dies verbindlich in den Haushaltsplänen verankert werden, damit den Ankündigungen auch entsprechende Taten folgen?

Antwort:

Die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat sich bereits im Vorfeld der Verhandlungen zum UN-Klimaabkommen in Paris für eine Aufstockung der Klimafinanzierung eingesetzt. Im Ergebnis hat die Bundesregierung angekündigt, ihre internationale Klimafinanzierung bis 2020, bezogen auf das Jahr 2014 zu verdoppeln. Das heißt konkret: Eine Steigerung von 2 Mrd. EUR im Jahr 2014 auf 4 Mrd. EUR bis 2020. Zu dieser Ankündigung zu addieren sind die durch die deutschen Entwicklungsbanken KfW und DEG bis 2020 mobilisierten Kapitalmarktmittel. Dadurch soll der deutsche Beitrag bis 2020 auf rund 10 Mrd. USD anwachsen. Der DEU Anteil würde sich dann auf ca. 10% des 100 Mrd. US\$ Ziels belaufen. Damit leistet Deutschland auch aus Sicht unabhängiger internationaler Beobachter mehr als einen fairen Anteil.

**Nachhaltige Entwicklungsziele der UN - der „Masterplan“ für eine bessere, gerechtere Welt liegt auf dem Tisch: Wie ernst meinen wir es mit der Umsetzung?**

13. Nochmals zurück zu den UN Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030, den Sustainable Development Goals (SDG). Welche Priorität haben die SDG im Gesamtkonzept Ihrer persönlichen politischen Agenda? Wie stehen Sie z.B. zu der konkreten Idee, den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung mit mehr Kompetenzen und Kapazitäten auszustatten, um im Sinne eines „Nachhaltigkeits-TÜVs“ alle politischen Strategien, Aktionspläne und Gesetzesvorhaben auf deren Übereinstimmung mit den Zielen nachhaltiger Entwicklung prüfen zu können?

Antwort:

In der Antwort zu Frage 7 ist die Stellung der Agenda 2030 in der Politik der SPD bereits geschildert.

Zur Frage der Verortung der Umsetzung der Agenda 2030 innerhalb der Regierung stellt sich die Frage, ob eine Behandlung in einem einzigen Ausschuss der richtige Weg ist. Dafür spricht, dass die Gefahr des „Zerfaserns“ gebannt wäre. Dagegen spricht, dass sich beteiligte Politikbereiche sehr leicht abwenden könnten, da die Federführung nicht bei Ihnen liegt. Vielleicht wäre ein Zwischenweg denkbar: Regierungsseitig die Ansiedlung der Überwachung beim Kanzleramt (aber nicht wie es derzeit geschieht, siehe Antwort zu Frage 7) und parlamentsseitig eine federführende Ansiedlung bei einem dann aber auch aufgewerteten Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung. Eine endgültige Antwort hat sich die SPD-Bundestagsfraktion noch nicht erarbeitet. Allerdings hat die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (meiner Kenntnis nach als einzige Fraktion) bereits Anfang Juni 2016 eine Liste

aller 169 Unterziele der Agenda 2030 mit den dazugehörigen politischen Arbeitsfeldern erstellt. Diese Liste soll als Richtschnur für die politische Arbeit dienen.

14. Die Bundesregierung hat Ende 2016 auf Basis entsprechender UN-Leitprinzipien einen Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Damit soll verhindert werden, dass deutsche Unternehmen im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit im Ausland zur Verletzung von Menschenrechten oder von Sozial- und Umweltstandards beitragen. Leider bleibt der deutsche Aktionsplan im Vergleich zur Umsetzung in anderen Ländern wie z.B. Frankreich eher unverbindlich und sieht keine Sanktionierungsmöglichkeiten bei Fehlverhalten vor. Schließen Sie sich der Forderung an, dass eine Nachbesserung des Aktionsplans erforderlich ist, um dessen effektive Wirksamkeit im Sinne der UN-Leitprinzipien zu erhöhen?

Antwort:

Keine Partei setzt sich stärker für faire Arbeitsbedingungen ein als die SPD. Deshalb hätten wir gerne schon heute ein Gesetz zur verbindlichen Regelung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen sowie ein Unternehmensstrafrecht. Mit unserem Koalitionspartner war dies jedoch nicht machbar. Der vor allem von Wirtschaftsverbänden ausgeübte Druck war riesig.

Dennoch freuen wir uns über einen Erfolg in diesem Bereich: Ohne die SPD und SPD-geführte Ressorts gäbe es den Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte nicht. Der Aktionsplan ist zwar kein Gesetz, aber er zeigt den Weg auf hin zu mehr menschenrechtlicher Verantwortung von Unternehmen und zu mehr Verbindlichkeit. In einem Monitoringverfahren soll ab 2018 die Umsetzung des Aktionsplans überprüft werden. Bis 2020 soll mindestens die Hälfte aller Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in ihre Unternehmenspolitik integriert haben. Ist dies nicht der Fall, soll die Bundesregierung weitergehende Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen prüfen. Daher werden wir das Monitoring sorgfältig beobachten und Konsequenzen aus den Ergebnissen ziehen.

Vorerst unbefriedigend ist der Zugang von Betroffenen zu ihrem Recht und zu Gerichten. Für im Ausland lebende Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch deutsche Unternehmen dürfte eine Klage vor deutschen Gerichten schwierig sein. Hier muss künftig weiter an praktikablen Lösungen gearbeitet werden. Positiv sehen wir dagegen die geplante Stärkung der Nationalen Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze mit ihrem außergerichtlichen Beschwerdeverfahren. Unternehmen, die bei Beschwerden gegen sie nicht daran teilnehmen, sollen keine Außenwirtschaftsförderung mehr erhalten. Dies ist eine klare Ansage.

15. Deutschland ist ein reiches Land. Dennoch bleiben die finanziellen Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (official development assistance, ODA) regelmäßig deutlich hinter den abgegebenen Zusagen und hinter den bereits seit Jahrzehnten bestehenden internationalen Richtwerten zurück. In 2016 wurde zwar zum ersten Mal die Marke von 0,7% des Bruttonationaleinkommens erreicht, dies jedoch nur indem die inländischen Kosten für die Flüchtlingsversorgung als Entwicklungsfinanzierung mit einberechnet wurden. Ohne derartige Anrechnungstricks ist bisher leider nicht zu erwarten, dass die Zielquote in den kommenden Jahren eingehalten werden kann. Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass im Regierungsprogramm bzw. Koalitionsvertrag die

Erreichung der ODA-Quote von 0,7% bis spätestens 2020 festgeschrieben wird, ebenso wie die Einhaltung der Zusage, dass dabei mindestens 0,15% bis 0,20% zugunsten der ärmsten Länder aufgebracht werden?

Antwort:

Die SPD steht weiterhin zum dem Ziel, 0,7 Prozent des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Der Haushalt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist in den letzten beiden Jahren um rund 2 Mrd. Euro angestiegen und erreicht damit den Höchststand von 8,541 Mrd. Euro für 2017. Der Haushalt des BMZ soll laut mittlerer Finanzplanung des Bundesfinanzministers Schäuble/CDU bis 2021 auf dem Rekordniveau von 2017 fortgeführt werden. Dies ist uns zu wenig. Wir wollen angesichts der schon jetzt sichtbar anwachsenden internationalen Aufgaben eine weitere Erhöhung des Haushalts des BMZ durchsetzen: Wir werden für jeden zusätzlichen Euro im Verteidigungshaushalt 1,5 Euro für Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und Krisenprävention bereitstellen. Nur so können wir mittelfristig endlich die 0,7 Prozent erreichen – und dies ohne die Anrechnung der Kosten für Flüchtlinge im Inland in den ersten 12 Monaten. Dies ist allerdings von der OECD so vorgegeben. Wir sahen dies schon immer kritisch, da die Anrechnung dieser Kosten unserer Ansicht nach den Sinn der ODA-Quote verzerrt. Daher setzen wir uns für die Ausweisung einer „bereinigten“ ODA-Quote ein.